

## Bezirk Oberbayern

<b>Niederschrift</b>	
über die Sitzung des	Sozial- und Gesundheitsausschusses
Nr.	05/2010
Datum	18. November 2010
Ort	Bezirksverwaltung – Sitzungssaal 5. Stock
Beginn	09:30 Uhr
Ende	13:15 Uhr

### Anwesend sind:

<b>Vorsitzender:</b>	Hr. BTP Mederer
Ausschussmitglieder	Hr. BR Ammer, Fr. BRin Broschei, Hr. BR Eichiner, Hr. BR Geiger, Fr. BRin Heigl, Fr. BRin Hügenell, Hr. BR Loy, Hr. BR Rippe, Fr. BRin Neubauer, Fr. BRin Weiß, Hr. BR Bichler kommt für Hr. BR Schwab, Hr. BR Salvermoser kommt für Fr. BRin Waldmann
Sachverständige:	Hr. Pfarrer Dr. Bauer, Fr. Wettengl, Fr. Majewski, Hr. Warth, Fr. Fürst, Fr. Straub, Hr. Utz, Hr. Dr. Orlich, Hr. Niedermeier, Hr. Urek, Fr. Neuwinger, Hr. Seuß, Hr. Schärfl
Verwaltung	Hr. Dr. Bruckmann, Hr. Kumetz, Hr. Brinckmann, Hr. Wirth, Hr. Rössler, Hr. Sonntag, Fr. Stenzel, Fr. Hirschhuber, Hr. Heffner, Frau Tobolar-Karg, Hr. Filesch, Fr. Büllesbach, Hr. Jalsovec, Fr. Dr. Henrich, Hr. Thaler, Fr. Eberhardt, Hr. Reil, Hr. Kohl
Sonstige:	Hr. BR Eichiner, Fr. BRin Waldmann, Hr. BR Schwab
Entschuldigt:	Hr. Strauch sowie Vertreter, Hr. Freitag, Hr. Dr. Schmied
Protokollführerin	Fr. Wieser / Frau Hanner

### Tagesordnung:

		Seite
<b>Sozial- und Gesundheitsausschuss</b>		
<b>I. Öffentliche Sitzung:</b>		
TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzungen	38
TOP 2	Haushaltsplanung 2011 - Budget 3 / Soziales und Jugend (Einzelplan 4)	38-39
TOP 3	Vorschläge zur Kostendämpfung	39-40
TOP 4	Sachstandsbericht aus der Arbeitsgruppe „Soziales Sondertatbestände“	40-41

TOP 5	Sachstandsbericht aus der Arbeitsgruppe „HMB-T-Verfahren in Förderstätten“ und Förderstätten	41-45
TOP 6	Investitionsförderung an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und die ihnen angeschlossenen Organisationen sowie an freie gewerbliche Träger für Einrichtungen mit Nachfinanzierungsbedarf bzw. aufgrund von Neuerrichtung	45-46
TOP 7	Erster Sozialbericht im Rahmen der Gesamtsozialplanung des Bezirks Oberbayern für den Planungszeitraum 2011/12	46-47
TOP 8	Vorstellung der Produktliste für die Sozialverwaltung des Bezirks Oberbayern	47
TOP 9	Kündigung der Mitgliedschaft des Bezirks Oberbayern beim Bayerischen Institut zur Förderung der Kommunikation Gehörloser und Hörbehinderter e. V. (GIB e. V.)	47-48
TOP 10	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.08.2010; Leichte Sprache – ein Muss in der Verwaltung des Bezirks Oberbayern	48
TOP 11	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.10.2010; Entwicklung und Einführung von Steuerungsmechanismen zur Weiterentwicklung der Versorgung von Menschen mit Behinderung	49
TOP 12	Bekanntgaben und Sonstiges	50

Herr BTP Mederer begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Über die Tagesordnung besteht Einverständnis.

### **TOP 1: Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung**

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 14.10.2010 wird ohne Einwände genehmigt.

### **TOP 2: Haushaltsplanung 2011 - Budget 3 / Soziales und Jugend (Einzelplan 4)**

Der ungedeckte Bedarf des Budget 3 – Soziales und Jugend ohne die Einnahmen nach Art. 15 FAG steigt gegenüber der Planung des Vorjahres um 83.951.200 € an.

Unter Berücksichtigung der Hochrechnung des Rechnungsergebnisses 2010 zum 31.10.2010 wird der Zuschussbedarf im laufenden Jahr jedoch um bis zu 10 Mio € höher ausfallen. Der ungedeckte Bedarf 2011 erhöht sich damit gegenüber dem Vorjahr um 73.951.200 €. Dies führt insoweit zu einer Steigerungsrate von 7,03 v.H.

Diese Steigerungsrate lässt sich insbesondere auf die Entwicklung folgender Hilfearten und ihrer Nebenleistungen zurückführen:

- Hilfe zur Pflege
- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Nebenleistungen:

- ° Hilfe zum Lebensunterhalt
- ° Hilfen zur Gesundheit
- ° Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- Delegierte Aufgaben
- Kinder- und Jugendhilfe

<b>Beschluss: 20/10</b>	Dem Budgetentwurf 3 – Soziales und Jugend für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2011 wird zugestimmt.
-----------------------------	--

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	<b>9:3</b>
-----------------------------	------------

### TOP 3: Vorschläge zur Kostendämpfung

Der Maßnahmenkatalog zur Kostendämpfung der Sozialverwaltung wurde diskutiert und folgender geänderter Beschluss wurde gefasst:

<b>Beschluss 21/10</b>	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beauftragt die Verwaltung die unter der laufenden Nummer 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 aufgeführten Maßnahmen umzusetzen und entsprechende Schriftstücke für die jeweiligen angesprochenen Ebenen anzufertigen, im nächsten Sozial- und Gesundheitsausschuss abzustimmen und den zuständigen Stellen zuzuleiten.
----------------------------	---

Die Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses einigen sich darüber, den Punkt 17 des Kostendämpfungspapieres zu den nicht konsentierten Punkten aufzunehmen.
--

Die nicht konsentierten Punkte werden entweder in der AG-BEK oder in einer von Bezirksräten, Verbänden und Verwaltung gebildeten Arbeitsgruppe weiter beraten.

Die Verwaltung klärt vorab mit den Verbänden, in welchen Gremien die Einzelfragen behandelt werden. Die Ergebnisse sind im nächsten Sozialausschuss zu beraten.

**Abstimmungsergebnis:**

**12:0**

#### **TOP 4: Sachstandsbericht aus der Arbeitsgruppe „Soziales Sondertatbestände“**

Der Sozialausschuss beschloss im Jahr 2008 die bis 2010 befristeten Zuschläge aufgrund von Sondertatbeständen (Einrichtungs- und Gruppengröße, Förderstättenzuschlag) auf den Basispersonalschlüssel der Leistungstypen WEG und WTEG, sowie für fünf Einrichtungen des Leistungstyps WEK. Gleichzeitig erfolgte der Auftrag an die Bezirksverwaltung und die Trägerverbände ein neues System zu Stellenschlüssel erarbeiten.

Die Arbeitsgruppe „Soziales-Sondertatbestände“ bestehend aus Vertretern des Bezirkstages, der Trägerverbände und der Bezirksverwaltung machte den Vorschlag einer Übergangslösung in zwei Schritten. Der erste Schritt soll in einer differenzierten Absenkung der Zuschläge für Sondertatbestände zum 01.01.2011 erfolgen. Im zweiten Schritt soll die Unterarbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Trägerverbände und der Bezirksverwaltung an der Entwicklung eines neuen Systems arbeiten, wie z.B. der Entwicklung eines personenkreisbezogenen Zuschlags für besondere Bedarfe und der Überarbeitung der strukturellen Sondertatbestände.

Zur Umsetzung des ersten Schrittes wurden folgende Vorschläge der Trägerverbände und der Bezirksverwaltung auf der Basis der Datenabfrage erarbeitet:

<b>Gesamtpersonal</b>	<b>Planstellen</b>	<b>Personal durch Sondertatbestände</b>	<b>Planstellen</b>	<b>Prozentanteil der Reduzierung bezogen auf den gesamten Gruppendienst</b>
<b>Aktuell vereinbart</b>	<b>1561,26</b>	<b>Aktuell vereinbart max. mögliches Personal</b>	<b>303</b>	<b>100,00 %</b>
<b>Vorschlag der Trägerverbände</b>	<b>1541,90</b>	<b>Reduzierungsvorschlag um 6,6 % (20 Planstellen)</b>	<b>283</b>	<b>1,24 %</b>
<b>Vorschlag der Bezirksverwaltung</b>	<b>1495,72</b>	<b>Reduzierungsvorschlag um 21,78 % (66 Planstellen)</b>	<b>237</b>	<b>4,2 %</b>

Die zeitliche Umsetzung des zweiten Schrittes der Erarbeitung eines neuen Systems der Stellenschlüssel soll entsprechend dem Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschusses erfolgen.

<b>Beschluss: 22/10</b>	<p>Ab dem 01.01.2011 wird entsprechend dem Vorschlag der Trägerverbände eine Absenkung von 6,6 % der Planstellen, bezogen auf das Zusatzpersonal der Sondertatbestände, vorgenommen.</p> <p>Die Arbeitsgruppe wird beauftragt, bis zum 30.06.2012 ein neues System der Personalschlüssel zu entwickeln, durch das neben den aktuellen Basispersonalschlüsseln max. 80 % des bisher über Sondertatbestände zu vereinbarenden Personals weiter vereinbart werden kann.</p> <p>Sollte bis zum 31.07.2012 kein neues System entwickelt und von dem Sozial- und Gesundheitsausschuss beschlossen sein, werden Leistungsvereinbarungen für den Leistungstyp WEG und WEK für den Zeitraum ab 01.01.2013 ausschließlich auf der Grundlage des von der Bezirksverwaltung vorgelegten Vorschlags vom 04.11.2010 abgeschlossen.</p>
	<p><b>Abstimmungsergebnis:</b> <span style="float: right;"><b>12:0</b></span></p>

### **TOP 5: Sachstandsbericht aus der Arbeitsgruppe „HMB-T-Verfahren in Förderstätten“ und Förderstätten**

Der Sozial- und Gesundheitsausschusses beauftragte am 08.04.2010 die Arbeitsgruppe „HMB-T- Verfahren in Förderstätten“, bestehend aus Vertretern der Fraktionen, der Trägerverbände und der Verwaltung unter Einbindung von Frau Dr. H. Metzler, Universität Tübingen, das HMB-T-Verfahren auf seine Eignung zur Erhebung des individuellen Hilfebedarfs von Menschen mit Behinderungen in Förderstätten zu prüfen. Der Arbeitsauftrag sei innerhalb von 6 Monaten, bis spätestens zum 30.09.2010 fertig zu stellen. In der Sitzung vom 22.07.2010 beschloss der Sozial- und Gesundheitsausschuss eine Verlängerung der Kurz-Leistungsvereinbarungen bis zum 30.11.2010. Der Abschluss der neuen Leistungs-, Entgelt- und Prüfungsvereinbarungen sollte bis zum 01.12.2010 erfolgen. Alle Förderstätten, die bisher einen besseren Stellenschlüssel als 1 zu 3 bzw. 1 zu 2,9 vereinbart haben, sollten ebenfalls bis zum 01.12.2010 neu verhandeln unter der Maßgabe einer spürbaren Anpassung, Veränderung und Absenkung der Stellenschlüssel beim Gruppenpersonal. Unter Beachtung des Auftrages, dass es zu keiner Kostenmehrung kommen dürfe und Einsparpotentiale wünschenswert seien, müsse diese Veränderung als erster Schritt vollzogen werden.

Die Vorgaben des Sozial- und Gesundheitsausschusses konnten nicht umfänglich gemeinsam abgearbeitet werden.

Die Arbeitsgruppe einigte sich gemeinsam auf die u. a. Kriterien in den Bereichen „Pflege“ und „Verhalten“.

Die Bezirksverwaltung legte einen Vorschlag der Modifizierung des HMB-T-Verfahrens durch Zusatzkriterien entsprechend der Anregung von Frau Dr. Metzler vor: Die Bedarfserhebung nach dem HMB-T-Verfahren wird mit einem Zuschlag aufgrund eines erhöhten Bedarfs in den Bereichen „Pflege“ oder „Verhalten“ mit den folgenden Kriterien und Bewertungen modifiziert:

<i>Bereich</i>	<i>Kriterien:</i>	<i>Bewertung</i>
<i>Pflege</i>	Mobilität innerhalb des Betätigungsbereichs,	4 mal „d“ (d = höchster Hilfebedarf)
	Ernährung	
	Bekleidung	
	Körperpflege/Hygiene	

<i>Verhalten</i>	Kontakt zu Kollegen, Mitklienten und Mitarbeitern im Beschäftigungsbereich	3 mal „d“ und 2 mal „c“  (d = höchster Hilfebedarf und c = zweithöchster Hilfebedarf)
	Kooperation	
	Mobilität innerhalb des Betätigungsbereichs	
	Umgang mit individuellen Krisen	
	sprachliche und nicht sprachliche passive und aktive Verständigung	

Stellenschlüssel für die einzelnen Hilfebedarfsgruppen (HBG):

<b>HBG 3a: 1 zu 3</b>	<b>HBG 3b: 1 zu 2,8</b>	<b>HBG 4a: 1 zu 2,6</b>	<b>HBG 4b: 1 zu 2,4</b>	<b>HBG 5: 1 zu 2,2</b>
-----------------------	-------------------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

In der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe vom 08.11.2010 erfolgte nach wie vor keine vollständige Einigung über den Beschlussvorschlag für den Sozial- und Gesundheitsausschuss. Einvernehmen darüber wurde festgestellt, dass der personenzentrierte Ansatz auf der Grundlage des HMB-T-Verfahrens umgesetzt werden soll. Keine Einigung konnte hingegen im Bereich der Schwellenwerte (Bewertung) und der Stellenschlüssel für die einzelnen Hilfebedarfsgruppen erreicht werden. Die Bezirksverwaltung wurde daher beauftragt, einen Beschlussvorschlag zu fertigen, der vorab (am 11.11.2010) allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe zuzuleiten sei. Herr Bezirkstagspräsident Mederer forderte die Bezirksverwaltung auf, mit der Einführung des neuen Systems auch eine verträgliche Übergangsphase für die Einrichtungen zu gestalten.

Herr Kumetz, Leiter der Sozialverwaltung, erläuterte dem Ausschuss den vorgelegten Beschlussvorschlag mit den Vereinbarungsgrundlagen für Förderstätten, die individuell wählen können zwischen einem Mischsatz im Bereich des Gruppenpersonals oder alternativ dem personenzentrierten Ansatz mit der individuellen Hilfebedarfsbemessung über das HMB-T-Verfahren mit Zusatzkriterien.

Auch die von Seiten der Trägerverbände im Sozial- und Gesundheitsausschuss vorgelegte Empfehlung unterstreicht die Möglichkeit mittels des HMB-T-Verfahrens die individuellen Bedarfe zu bemessen. Der wesentliche Unterschied der Vorstellungen der Trägerverbände zum Vorschlag der Bezirksverwaltung wird in der Einführung des neuen Systems zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer weiteren Erprobung, Überprüfung und Entwicklung von Schwellenwerten und Stellenschlüssel gesehen. In diesem Zusammenhang wurde erneut die Frage aufgeworfen, ob das HMB-T-Verfahren für alle Personengruppen, auch für Menschen mit Sinnesbehinderungen, geeignet sei. Herr Bezirkstagspräsident Mederer erklärte, dass nach 6 Jahren und zwei Probephasen nun die Umstellung auf das HMB-T-Verfahren ohne eine neuerliche Erprobung erfolgen sollte.

Die weitere intensive Diskussion im Sozial- und Gesundheitsausschuss führte dazu, dass der Zeitraum der Ausgleichpauschale aus dem Beschlussvorschlag der Bezirksverwaltung um weitere 6 Monate verlängert wurde.

Dadurch wurde einerseits der Evaluation der Einstufungen und der Überprüfung der Schwellenwerte und der Stellenschlüssel Rechnung getragen und andererseits den Einrichtungen die Möglichkeit gegeben, eventuelle Anpassungen in der Übergangszeit moderat zu gestalten.

Parallel dazu wurde der Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend ergänzt, den Verbänden bereits bis zum 30.06.11 in einer weiteren Runde der Arbeitsgruppe die Gelegenheit zu geben mit der Verwaltung noch einmal Schwellenwerte und Stellenschlüssel zu diskutieren.

<b>Beschluss: 23/10</b>	<p>Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern beschließt, dass mit allen Förderstätten, deren Kurzleistungsvereinbarungen zum 30.11.2010 auslaufen, zum 01.12.2010 neue Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden. In den oberbayerischen Förderstätten können ab 01.12.2010 für das Gruppenpersonal folgende Stellenschlüssel vereinbart werden:</p> <p>Entweder</p> <p>a) ein durchschnittlicher Stellenschlüssel von 1 zu 3 bis 1 zu 2,9</p> <p>oder</p> <p>b) Stellenschlüssel auf der Grundlage des HMB-T-Verfahrens mit den oben dargestellten Zusatzkriterien für die Bereiche „Pflege“ <u>oder</u> „Verhalten“ mit den Hilfebedarfsgruppen (HBG): HBG 3a mit 1 zu 3; HBG 3b mit 1 zu 2,8; HBG 4a mit 1 zu 2,6; HBG 4b mit 1 zu 2,4 und HBG 5 mit 1 zu 2,2.</p> <p>Die Umsetzung der Stellenschlüssel erfolgt mit der Erhebung des individuellen Hilfebedarfs auf der Grundlage des HMB-T-Verfahrens mit Zusatzkriterien bei allen Neuaufnahmen sowie bei Förderstättenbesuchern, die bereits Leistungen erhalten, mit Ablauf des aktuellen Kostenübernahmebescheids.</p>
-----------------------------	--

Sofern die Förderstätte einen durchschnittlichen Stellenschlüssel von 1 zu 3 bzw. 1 zu 2,9 wählt, werden Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen mit üblichen Laufzeiten abgeschlossen. Soweit erforderlich erfolgt die Anpassung an den neuen Stellenschlüssel sukzessive in Abstimmung mit der Einrichtung in einem Zeitfenster von maximal 3 Jahren. Ein Wechsel in das HMB-T-Verfahren steht den Förderstätten zum Auslauf der Leistungsvereinbarung offen.

Die Umstellung auf das HMB-T Verfahren mit den Zusatzkriterien erfolgt wie folgt:

Zunächst wird eine Leistungsvereinbarung auf der Basis des HMB-T-Verfahrens vom 01.12.2010 bis 30.06.2011 abgeschlossen. Für diesen Zeitraum wird eine Vergütungsvereinbarung mit Entgelten in der bisher vereinbarten Höhe für alle Hilfebedarfsgruppen abgeschlossen.

Parallel dazu sind die Einrichtungen verpflichtet, bis 31.01.2011 ein vollständiges Entgeltangebot, gestaffelt nach den HBG, beim Bezirk Oberbayern vorzulegen. Liegt das Entgeltangebot rechtzeitig vor, wird die Leistungsvereinbarung über den 30.06.2011 hinaus bis zum 31.12.2012 verlängert und eine neue Vergütungsvereinbarung mit nach HBG gestaffelten Entgelten abgeschlossen.

Sollte das Entgeltangebot der Einrichtung nicht zur oben genannten Frist vorliegen bzw. der Abschluss der neuen Entgeltvereinbarung nicht bis 30.06.2011 erfolgen, erfolgt die Umstellung gemäß Vorschlag a) mit einem durchschnittlichen Stellenschlüssel von 1 zu 3 bis 1 zu 2,9 in einer neuen Leistungs- und Vergütungsvereinbarung.

Bis zum 30.06.2011 diskutieren die Verbände in der AG noch einmal mit der Verwaltung die Schwellenwerte und Personalschlüssel pro Hilfebedarfsgruppe. Sollte hierüber kein Konsens gefunden werden, gelten zunächst die Vorschläge der Verwaltung ab dem 01.07.2011



Entgeltvereinbarungen für Leistungsvereinbarungen auf der Basis des HMB-T-Verfahrens ab dem 01.07.2011 werden wie folgt abgeschlossen:

Für die noch nicht eingestuften Förderstättengänger wird bis zur Einstufung der bis zum 30.06.2011 gültige Entgeltsatz vereinbart.

Für nach dem HMB-T Verfahren eingestufte Förderstättengänger wird Folgendes vereinbart:

Für die Zeit vom 01.07.2011 bis 30.06.2012 werden die ausgehandelten Entgeltsätze je Hilfebedarfsgruppe zuzüglich einer Ausgleichspauschale in Höhe des hälftigen Differenzbetrages des bis zum 30.06.2011 vereinbarten Entgeltes vereinbart.

Diese Ausgleichspauschale entfällt ab dem 01.07.2012.

Dem Sozial- und Gesundheitsausschuss wird zum 30.06.2012 über die Ergebnisse der Einstufungen berichtet. Aufgrund dieser Evaluation werden zum 01.01.2013 die Schwellenwerte und die Stellenschlüssel im Gruppenpersonal der oberbayerischen Förderstätten auf deren Bedarfsgerechtigkeit überprüft und gegebenenfalls angepasst.

**Abstimmungsergebnis:**

**9:3**

#### **TOP 6: Investitionsförderung an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und die ihnen angeschlossenen Organisationen sowie an freie gewerbliche Träger für Einrichtungen mit Nachfinanzierungsbedarf bzw. aufgrund von Neuerrichtung**

Investitionsförderung an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und die ihnen angeschlossenen Organisationen sowie an freie gewerbliche Träger für Einrichtungen mit Nachfinanzierungsbedarf bzw. aufgrund von Neuerrichtung.

Nach § 17 Abs. 1 Nr. 2 SGB I sind die Sozialleistungsträger verpflichtet darauf hinzuwirken, dass unter Anderem die zur Ausführung von Sozialleistungen erforderlichen Dienste und Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen.

Die für das Haushaltsjahr 2010 und folgende Jahre geplanten Investitionsmaßnahmen sind in der anliegenden Liste aufgeführt.

Über die einzelnen Maßnahmen wurde bereits in Koordinierungsgesprächen mit der Regierung von Oberbayern und dem Zentrum Bayern Familie und Soziales - Region Oberbayern - Integrationsamt beraten. Dem Sozialausschuss wird vorgeschlagen, für das Haushaltsjahr 2010 Investitionsförderungen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von € 552.187,00 vorzusehen.

<b>Beschluss: 24 /10</b>	<p>Im Haushaltsjahr 2010 und folgende Jahre sind für Investitionsförderungen insgesamt € 552.187,00 vorzusehen. Der Betrag soll von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege bzw. den ihnen angeschlossenen Organisationen oder den freigewerblichen Einrichtungsträgern auf dem privaten Kapitalmarkt aufgenommen werden. Die Darlehenskonditionen sind mit der Bezirksverwaltung abzustimmen.</p> <p>Die hierfür voraussichtlich anfallenden Kapitaldienstkosten (Zins = ca. 4,0 % und Tilgung = ca. 2 %) von jährlich € 33.131,00 sind mit dem Entgelt zu vergüten.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>12:0</b></p>
------------------------------	--

#### **TOP 7: Erster Sozialbericht im Rahmen der Gesamtsozialplanung des Bezirks Oberbayern für den Planungszeitraum 2011/12**

Herr Sonntag stellt den vorliegenden Entwurf für den ersten Sozialbericht des Bezirks Oberbayern vor. Der Bericht bezieht sich v.a. auf den Ist-Stand vom 31.12.2009 und stellt die Grundlage für den Planungszeitraum für die Jahre 2011 und 2012 dar. Herr Sonntag informiert, dass geplant ist, in zwei Jahren eine aktualisierte Version des Sozialberichtes vorzulegen. Bis dahin sollen insbesondere die im Planungsteil (Teil C) formulierten Leitlinien und Eckpunkte zur Weiterentwicklung inhaltlich unter Einbeziehung des Gremiums GSV gefüllt und weiterentwickelt werden.

Die Stellungnahmen der Fraktionen liegen vor. Sie wurden im schriftlichen Sachvortrag aufgegriffen.

<b>Beschluss 25 /10</b>	<p>Der Sozial- und Gesundheitsausschuss begrüßt, dass der erste Sozialbericht im Rahmen der Gesamtsozialplanung des Bezirks Oberbayern für den Planungszeitraum 2011/12 vorliegt und nimmt den Bericht zur Kenntnis.</p> <p>Er beschließt, dass auf der Grundlage des Sozialberichtes die weitere Sozialplanung des Bezirks Oberbayern erfolgt. Der Sozialbericht stellt somit die verbindliche Grundlage für die künftige Arbeit der Bezirksverwaltung dar, die im vorliegenden Bericht dargestellten Leitlinien und Eckpunkte zur Weiterentwicklung sind im weiteren Prozess inhaltlich zu füllen.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>12:0</b></p>
-----------------------------	---

### **TOP 8: Vorstellung der Produktliste für die Sozialverwaltung des Bezirks Oberbayern**

Die Produktliste für die Sozialverwaltung wird kurz vorgestellt. Sie wurde in einem anspruchsvollen Abstimmungsprozess innerhalb der Verwaltung erarbeitet und bietet einen umfassenden Überblick über das Leistungsspektrum der Abteilung II. Die Produktliste ist u.a. Basis für die Sozialberichterstattung und für das Controlling, weiterhin dient sie der Umsetzung des produktorientierten Haushalts. Sie bietet allen Beteiligten auf der Basis von abgestimmten und festgelegten Definitionen eine erheblich verbesserte Transparenz und Präzision hinsichtlich unseres Leistungsgeschehens.

	<p>Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Produktliste für die Sozialverwaltung zur Kenntnis.</p>
--	---

### **TOP 9: Kündigung der Mitgliedschaft des Bezirks Oberbayern beim Bayerischen Institut zur Förderung der Kommunikation Gehörloser und Hörbehinderter e. V. (GIB e. V.)**

Kündigung der Mitgliedschaft des Bezirks Oberbayern beim Bayerischen Institut zur Förderung der Kommunikation Gehörloser und Hörbehinderter e. V. (GIB e. V.)  
 Gemäß Beschluss des Sozialausschusses vom 30.06.1999 wurde der Bezirk Oberbayern - wie alle anderen Bezirke – Mitglied des GIB e. V. in Nürnberg.  
 Die Finanzierung des Instituts wird von allen Bezirken gemeinsam mit dem Freistaat Bayern getragen.

Der Hauptausschuss des Verbandes der bayerischen Bezirke hat den Bezirken in seiner jüngsten Sitzung unter Berücksichtigung der einjährigen Kündigungsfrist die Beendigung der Mitgliedschaft im GIB e. V. empfohlen.

<b>Beschluss:</b> <b>26/10</b>	Der Bezirk Oberbayern erklärt zum Ende des Jahres 2010 schriftlich gegenüber dem Vorstand des GIB e. V. seinen Austritt zum Ende des Jahres 2011.  <b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>12:0</b>
-----------------------------------	--

#### **TOP 10: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.08.2010;**

##### **Leichte Sprache – ein Muss in der Verwaltung des Bezirks Oberbayern**

Am 10.08.2010 stellte die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Antrag zum Thema: Leichte Sprache – ein Muss in der Verwaltung des Bezirks Oberbayern. Herr Sonntag erläutert, mit welchen Möglichkeiten die Verwaltung des Bezirks Oberbayern das Thema aufgreifen kann, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen und die ersten Schritte zur weiteren Umsetzung.

<b>Beschluss:</b> <b>27/10</b>	Die Bezirksverwaltung wird beauftragt aus dem Themenbereich:  Mobilitätshilfe  entsprechende Übersetzungen über eine externe Beauftragung in „Leichte Sprache“ vorzunehmen. Das Ergebnis und ein Vorschlag zur weiteren Verfahrensweise werden dem Ausschuss zur erneuten Beratung und Beschluss vorgelegt.  <b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>12:0</b>
-----------------------------------	--

**TOP 11: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.10.2010;  
Entwicklung und Einführung von Steuerungsmechanismen zur Weiterentwicklung der Versorgung von Menschen mit Behinderung**

Herr Wirth stellte den wesentlichen Inhalt der Sitzungsvorlage vor und erläuterte die Gründe der Verwaltung für die Befürwortung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Verweis auf den Vorrang der ambulanten vor den stationären Hilfen, wenn beide Hilfearten gleich geeignet sind, den individuellen Bedarf zu decken. In der sich anschließenden Diskussion wurde insbesondere die Terminsetzung für die Vorlage der von der Verwaltung gemeinsam mit den Verbänden der Leistungserbringer zu erarbeitenden Vorschläge an den Sozial- und Gesundheitsausschuss erörtert. Auf Vorschlag von Herrn Bezirkstagspräsidenten Mederer wurde danach folgender Beschluss gefasst:

Der Beschluss wird im zweiten Absatz um das Wort .... **Ende** 2011 ersetzt.

<b>Beschluss: 28/10</b>	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, Steuerungsmechanismen zu entwickeln, die es ermöglichen, in einem Zeitraum von drei Jahren stationäre Wohnheimplätze abzubauen und entsprechend ambulante Strukturen aufzubauen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen gemeinsam mit den Leistungserbringern verschiedene Modelle entwickelt werden, die durch gezielte Förderung die Übergangsphase für die Leistungserbringer abfedern und attraktiv machen. Diese Förderung wird mit der Erfüllung eines klar definierten Ziels verknüpft.</p> <p>Die erarbeiteten Vorschläge sollen in einer Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses spätestens Ende 2011 zur Abstimmung kommen.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>12:0</b></p>
-----------------------------	---

## TOP 12: Bekanntgaben und Sonstiges:

### - Bearbeitungsstand Defizitausgleich Frühförderstellen 2008:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss lehnte mit Beschluss vom 16.03.2010 die Übernahme der beantragten Defizite für die Interdisziplinären Frühförderstellen für das Kalenderjahr 2008, die nicht im Rahmen der Anlage 5 des Rahmenvertrags ausgeglichen werden konnten, in Höhe von insgesamt -1.282,943,60 € ab. Es wurde den betroffenen Frühförderstellen jedoch gleichzeitig die Möglichkeit eingeräumt, mit der Bezirksverwaltung erneut in Verhandlungen über den Defizitausgleich 2008 zu treten. Sollten sich daraus im Einzelfall neue Erkenntnisse bezüglich besonderer Härtefälle ergeben haben, wäre die Angelegenheit dem Sozialausschuss vorzulegen gewesen.

Von den ursprünglich **29** eingegangenen Anträgen auf Defizitausgleich 2008 stellten nach diesem Beschluss und der Mitteilung, dass zur weiteren Prüfung detaillierte Unterlagen einzureichen seien, noch **4** Träger einen Antrag auf weitere Verhandlungen:

- **1** dieser Anträge stellte bei näherer Überprüfung keinen Antrag auf Defizitausgleich, sondern auf Niederschlagung der Rückforderungen aus msH-Mittel (mobile sonderpädagogische Hilfen, vgl. hierzu Ausführungen der Sitzungsvorlage zu Top 3: Defizitausgleich; Frühförderung 2008; msH-Zuschüsse vom 16.03.2010) dar. Dieser wurde entsprechend Anlage 5 des Rahmenvertrags abgearbeitet.
- **2** Anträge wurden aufgrund fehlender neuer Erkenntnisse bezüglich besonderer Härtefälle abgelehnt.
  - Derzeit ist noch **1** Antrag aufgrund erst kürzlich eingereichter Unterlagen offen.

Nachdem keine Anträge bzw. Wortmeldungen folgen, bedankt sich BTP Mederer bei den Anwesenden und schließt um 13:15 Uhr die öffentliche Sitzung.

BEZIRK OBERBAYERN  
München, 18.11.2010



Josef Mederer  
Bezirkstagspräsident



Christine Hanner

Fr. Wieser/Fr. Hanner  
Protokollführerin